

Sächsischer Richterverein

Reinhard Schade,

Dr. Alexander Brech

per Mail

Stellungnahme zur den Forderungen des Sächsischen Richtervereins zur Landtagswahl 2024

Sehr geehrter Herr Schade,
sehr geehrt Herr Dr. Brech,
sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Zusendung Ihrer Fragen.

Nachstehend möchten wir zu den Forderungen des Sächsischen Richtervereins
anlässlich der Landtagswahl 2024 Stellung nehmen.

Zu 1)

Wir als Sächsische Union unterstützen die Forderung nach einem eigenständigen
Justizministerium. Wir teilen ausdrücklich die Bewertung, dass das Justizministerium
kaum mehr als solches wahrgenommen wird, sondern in einer Melange aus
Gleichstellungs- und Beteiligungspolitik unterzugehen droht. Das ist der Stellung der
dritten Gewalt in der Tat nicht angemessen.

Zu 2)

Zunächst teilen wir die Einschätzung, dass bereits der Anschein oder die Möglichkeit der politischen Einflussnahme dem Vertrauen der Bevölkerung in rechtsstaatliches Handeln schaden kann. Wir als Union bezweifeln aber, dass etwa ein Richterwahlausschuss, der sich auch aus Landtagsabgeordneten zusammensetzen soll, einem etwaigen Vertrauensverlust entgegenwirken kann. Auch fürchten wir, dass die Einstellungsprozesse dadurch weiter verzögert werden. Die Erfahrung zeigt aber, dass sich viele Nachwuchsjuristen parallel in anderen Ländern bewerben. Schnelligkeit im Bewerbungsverfahren ist daher zwingend und spricht eher gegen eine zusätzliche Gremienerweiterung.

Wie bereits in der Vergangenheit werden wir als Union von der ministeriellen Weisung auch in Zukunft grundsätzlich keinen Gebrauch machen. Im Grunde halten wir aber an der derzeitigen Rechtslage fest. Die Verfassung sieht aus guten Gründen nur eine richterliche, jedoch keine staatsanwaltschaftliche Unabhängigkeit vor. Aufgabe und Stellung der Staatsanwaltschaft erforderten eine demokratische Legitimation, die insbesondere durch das externe Weisungsrecht vermittelt wird, da final erst damit die parlamentarische Kontrolle eröffnet wird und die politische Verantwortung aus dieser Kontrolle folgt

.

Zu 3)

Wir als Union werden uns auch weiterhin für eine amtsangemessene und gute Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz einsetzen. Glücklicherweise ist es zuletzt gelungen, dem radikalen Generationenwechsel durch eine Reihe von Neueinstellungen im Bereich Proberichter etwas entgegenzuwirken. Hier werden wir nicht stillstehen, sondern weitere Anstrengungen unternehmen, um gutes Personal für die Sächsische Justiz gewinnen. Dem steht aber gegenüber, dass wir uns an den finanziellen Realitäten des Freistaates zu orientieren haben. Die angespannte Wirtschaftslage bleibt auch für den Freistaat Sachsen nicht ohne Folgen.

Zu 4)

Wir stimmen in der Bewertung zu, dass die Zentralisierung der Juristenausbildung in Leipzig die Nachwuchsgewinnung in den ländlichen Räumen erschwert. Insoweit haben wir mit der Referendarausbildung in den ländlichen Räumen bereits gegengesteuert und wollen das durch weitere Referendarausbildungszentren in sächsischen Mittelzentren ausbauen. Die Neuschaffung einer Außenstelle der Juristenfakultät werden wir prüfen.

Zu 5)

Wir teilen Ihre Forderung nach einer an der Realität angepassten Personal- und Sachausstattung. Wir als Union wollen neue Stellen für die Justiz schaffen und dafür Sorge, dass die sächsische Justiz bei der Nachwuchsgewinnung wettbewerbsfähig ist. Hierzu wollen wir ein Mentoring Programm für Nachwuchsjuristen in allen Gerichtsbarkeiten einrichten, um den Berufseinstieg zu erleichtern. Gleichzeitig heben wir das Höchstalter für Einstellungen als Richter auf Probe von 42 auf 45 Jahre an. Wir schaffen eine Möglichkeit, um Volljuristen den Direkteinstieg als Amtsanwälte zu ermöglichen. Gleichzeitig verbessern wir die Durchlässigkeit der Laufbahnen vom Justizfachwirt zum Rechtspfleger sowie vom Rechtspfleger zum Amtsanwalt.

Aufgrund der besonderen personellen Herausforderungen im ländlichen Raum prüfen wir die Einführung eines Attraktivitätsprogramms für Mitarbeiter der Justiz (Sonderzuschläge, vergünstigte SAB Baudarlehen etc.). Wir errichten weitere Referendarausbildungszentren in sächsischen Mittelzentren. Zudem verstetigen wir die Referendarprämie, um Referendare frühzeitig im ländlichen Raum zu binden.

Wir wollen die Chancen der IT in der Justiz deutlich umfassender nutzen. Wir setzen multiprofessionelle Teams aus Volljuristen und IT-Spezialisten ein, um bspw. die Vorteile von künstlicher Intelligenz an den Anforderungen der digitalen sächsischen Justiz auszurichten. Wir etablieren ein Metadaten-System zur weitgehenden Kategorisierung, Dokumententrennung und automatischer Erfassung eingehender

CDU-Landesverband Sachsen | Fetscherstraße 32/34 | 01307 Dresden
Telefon 0351 44917-0 | Telefax 0351 44917-60 | post@cdu-sachsen.de | www.cdu-sachsen.de

Deutsche Bank AG Dresden | IBAN DE87 8707 0024 0600 3685 00 | BIC DEUT DEDB CHE
Ostsächsische Sparkasse Dresden | IBAN DE77 8505 0300 0225 7035 56 | BIC OSDD DE81 XXX

Dokumente. Diese werden für die elektronische Akte nutzbar gemacht und entlasten so die Geschäftsstellen. Darüber hinaus führen wir ein neues KI-System ein, welches Gerichtsentscheidungen automatisiert schwärzt. Dies ist Grundlage für viele weitere KI Auswertungen, welche die Justiz entlasten.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Philipp Schneider

Grundsatzreferent, Strategie & Planung

Tel.: 0351 / 449 17-14

Fax: 0351 / 449 17-60

philipp.schneider@cdu-sachsen.de

CDU-Landesverband Sachsen | Fetscherstraße 32/34 | 01307 Dresden
Telefon 0351 44917-0 | Telefax 0351 44917-60 | post@cdu-sachsen.de | www.cdu-sachsen.de

Deutsche Bank AG Dresden | IBAN DE87 8707 0024 0600 3685 00 | BIC DEUT DEDB CHE
Ostsächsische Sparkasse Dresden | IBAN DE77 8505 0300 0225 7035 56 | BIC OSDD DE81 XXX